

Forderungen des Bundes der Deutschen Landjugend zur Bundestagswahl 2025



BDL-Forderungen auf den Punkt gebracht

- Version mit Begründungen -

Version ohne Begründungen +

Version mit stark gekürzte Forderungen auf www.landjugend.de

Bund der Deutschen Landjugend (BDL)
Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin
Tel.: 030 / 235 99 35-0
Mail: info@landjugend.de
Net: www.landjugend.de

BDL-Forderungen zur Bundestagswahl 2025

Inhalt

Präambel.....	4
Jugendpolitik.....	4
Zusammen gegen Rechtsextremismus.....	4
Förderung der Jugendverbandsarbeit sichern.....	5
Ehrenamt fördern und sichern.....	6
Rente sichern & zukunftsfähig machen, finanzielle Bildung ausbauen, Altersarmut verhindern.....	7
Jugendbeteiligung stärken.....	8
Fachkräfte von morgen gewinnen und halten.....	9
Gender Pay Gap abschaffen – gleiche Bezahlung, gleiche Verteilung von Sorgearbeit.....	9
Fake News vergiften Wissen: Parteien in die Pflicht nehmen.....	10
Junge Menschen im digitalen Raum schützen.....	10
Prävention häuslicher Gewalt.....	11
Generationengerechtigkeit sichern – Haushaltspolitik zukunftsfest ausgestalten.....	11
Durchführung von internationalen Begegnungen.....	12
Agrarpolitik.....	13
Einkommensperspektiven und Planungssicherheit für Junglandwirt:innen.....	13
Einkommensperspektiven.....	13
Risikoausgleichsrücklage.....	13
Verlängerung GAP-Zeitraum.....	13
Wettbewerbsstellung.....	14
Gemeinsame Agrarpolitik und europaweite Lösungen.....	14
GAP Junglandwirt:innen-Förderung.....	14
GAP Vereinfachtes Antragsverfahren.....	15
Unternehmerisch attraktive Umweltleistungen.....	15
Europaweite Lösungen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit.....	15
Generationenwechsel in der Landwirtschaft fördern.....	15
Wirtschaftliche Aspekte.....	16
Junglandwirt:innen den Zugang zu Boden erleichtern.....	16
Wer mehr Tierwohl will, muss auch in den Umbau investieren.....	16
Privilegiertes Bauen verwirklicht Umwelt-, Klima- und Tierschutz.....	17
Bürokratiewust für Landwirtschaft eindampfen.....	17
Pauschalierung.....	18

Digitalisierung voranbringen	18
Weinbaugipfel.....	18
Nachhaltigkeit und Umwelt(schutz)	19
Wertschöpfung auf dem Land halten	19
Klimaschutz.....	20
Nachhaltige und ausgewogene Wolfspolitik	21
Pflanzenschutz und bedarfsgerechte Düngung	21
Soziale Aspekte.....	22
Neue Inhalte für zukunftsorientierte Agrarische Bildung.....	22
Mehr Beteiligung von Junglandwirt:innen an Entscheidungen.....	22
Mental Health Leistungen.....	22
Regionalpolitik – Ländliche Entwicklung und Infrastruktur.....	23
Ländliche Regionen attraktiv ausgestalten, Daseinsvorsorge ausweiten und Infrastruktur sichern...	23
Gesundheitsversorgung und Pflege auf dem Land stärken.....	24
Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse umsetzen.....	25
Wirtschaft fördern und Unternehmertum junger Menschen stärken	26
Mobilitätsgarantie für junge Menschen auf dem Land	27

Präambel

Der BDL versteht sich als Interessenvertretung für junge Menschen im ländlichen Raum, um Lebens- und Bleibeperspektiven zu erhalten und zu schaffen. Wir sind der größte Jugendverband auf dem Land. Etwa ein Fünftel von uns arbeitet in Grünen Berufen. Das macht uns besonders, schafft Verständnis und baut Brücken. Wir machen uns für einen freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat stark. Wir setzen uns für die Achtung der Menschenwürde, Chancengleichheit und Gleichberechtigung ein – unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung oder sexueller Identität.

Wir lehnen entschieden alle Formen der Missachtung von Menschen ab. Egal ob aufgrund ihrer Herkunft, Religion, vermeintlichen Andersartigkeit oder aufgrund von Rassismus, Homophobie und Frauenfeindlichkeit – Diskriminierung hat im Bund der Deutschen Landjugend keinen Platz.

Jugendpolitik

Zusammen gegen Rechtsextremismus

Forderungen

Wir fordern eine enge Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen und staatlichen Organisationen, um **klare Statements gegen Rechtsextremismus** zu setzen und öffentlich sichtbar für demokratische Werte einzutreten. Dafür müssen bundeszentrale Infrastrukturen der Zivilgesellschaft dauerhaft gesetzlich gesichert und auskömmlich gefördert werden.

Wir fordern von den künftigen Regierungsparteien, die **Prävention vor Extremismus zu stärken** und auszubauen. Dies muss in Schule, Ausbildung und im außerschulischen Bereich gefördert werden, indem entsprechende Strukturen personell und finanziell entsprechend ausgestattet sind und politische Bildung als notwendige, grundlegende gesellschaftliche Kompetenz erachtet wird, die daher allen Menschen vermittelt werden muss.

Um die Demokratie und Vielfalt an Akteur:innen, Vereinen und Verbänden in ländlichen Regionen zu sichern, fordern wir, die **Ausbreitung völkischer Siedlungsbewegungen zu unterbinden und der rechtsextremistischen Unterwanderung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken**. Unter „völkischer Landnahme“ ist eine rechtsextreme Strategie zu verstehen, die darauf abzielt, schleichend Akzeptanz bei der Bevölkerung zu gewinnen, regionalen Einfluss zu sichern und zielt auch auf eine ideologische Festigung bei jungen Menschen ab, um sie gegen die bundesdeutsche Gesellschaft zu immunisieren¹. Zivilgesellschaftliche Akteure und Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren werden physisch und psychisch bedroht.

Wir schließen uns der Forderung an, das **Gemeinnützigkeitsrecht zu reformieren**, um das demokratiepolitische Engagement von Vereinen zu sichern und die politische Betätigung zur Stärkung der Demokratie zu fördern.²

Vielfalt und Toleranz muss gefördert werden und entsprechende Programme sind auszubauen und zu sichern. Es ist notwendig, ein respektvolles Miteinander im alltäglichen Umgang

¹ siehe hierzu u.a. Andrea Röpke: Völkische Landnahme mit Bio-Image. <https://www.nf-farn.de/voelkische-landnahme-bio-image> (Zugriff online zuletzt am 10.1.24)

² siehe hierzu Forderungskatalog des Bündnis für Gemeinnützigkeitsrecht unter <https://www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org/wp-content/uploads/2024/02/rechtspolitische-forderungen-des-bfg-januar-2024.pdf> (online Zugriff zuletzt am 13.12.24)

miteinander, aber auch in Schule, Ausbildung, Beruf und im politischen Feld zu stärken. Alle Lernorte können und sollen dafür ihren Beitrag leisten und müssen entsprechend finanziell, strukturell und personell ausgestattet sein.

Begründung: Der Anstieg rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Strömungen gefährdet die Demokratie und den sozialen Frieden. Demokratische Organisationen, Vereine und Initiativen müssen zusammenarbeiten, um klare Kante gegen Rechtsextremismus zu zeigen. Jugendverbände tragen seit jeher ihren Teil dazu bei, der jeweiligen jungen Generation demokratische Spielregeln zu vermitteln und ihnen einen Lern- und Erfahrungsraum zu bieten, um sich im Aushandeln, Kompromisse finden und Positionen vertreten zu üben. Fehlende Erfahrungsräume begünstigen rechtsextreme Einflüsse.

Der Bund der Deutschen Landjugend lehnt jede Form des Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus und Rassismus, entschieden ab. Er setzt sich für die Hinführung junger Menschen zu einem toleranten, sozialen und kritischen Verhalten gegenüber der demokratischen Gesellschaft und den Mitmenschen ein. Extremismus verstehen wir als Geisteshaltung, die neben sich keine anderen Wahrheiten dulden will. Sie setzt das eigene Deutungsmuster/Weltbild absolut und ist zum Dialog nicht fähig. Extremist:innen wollen ihre Gesinnung unbedingt durchsetzen und schrecken manchmal auch nicht vor Gewalt zurück. Wenn in diesem Sinne extremer Autoritarismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus vertreten wird oder der Nationalsozialismus verherrlicht oder verharmlost wird, sprechen wir von Rechtsextremismus.

Wir lassen nicht zu, dass die ländlichen Räume und junge Menschen in den ländlichen Räumen von Rechtsextremen, ihrer menschenverachtenden Ideologie und Propaganda vereinnahmt werden. Wir wollen die demokratische Kultur stärken. Demokratie beinhaltet für uns nicht nur Mitbestimmung, sondern auch Menschenwürde, Freiheit, Solidarität, Meinungsfreiheit sowie die Gleichwertigkeit aller Menschen.³

Die Aktivitäten der AfD und der ihr nahestehenden Organisationen zielen unserer Ansicht nach darauf ab, das demokratische Fundament unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung zu zerstören. Diesem Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und parlamentarische Demokratie werden wir nicht tatenlos zusehen.

Der BDL respektiert kontroverse Positionen und fördert den sachlich-fachlichen Diskurs und die eigene, selbstbestimmte Meinungsbildung. Wir unterstützen unsere Mitglieder, sich Wissen und Kompetenzen für die eigene Urteilsbildung anzueignen. Dabei ist der BDL nicht wertneutral, sondern bekennt sich zu den rechtsstaatlichen Prinzipien unserer Demokratie, der Menschenwürde und der aktiven demokratischen Auseinandersetzung. Völkische, geschichtsrevisionistische, menschenfeindliche und demokratiezersetzende Positionen dulden wir nicht.

Förderung der Jugendverbandsarbeit sichern

Forderung

Wir fordern eine bedarfsgerechte, verlässliche und dauerhafte finanzielle Ausstattung des Kinder- und Jugendplans des Bundes, um eine leistungsfähige bundeszentrale Infrastruktur der Jugendverbandsarbeit zu sichern. Wir fordern gesetzlich zu verankern, dass die bundeszentrale Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland die präventiv wirkende soziale

³ siehe auch: BDL-Grundsatzpapier „NEIN zu Rechtsextremismus und Rassismus“, 2008, www.landjugend.de/der-bdl/positionen sowie das Statement „Bauernproteste ja, völkische Ableger nein“, 2020 unter www.landjugend.de/presse/news/bauernproteste-ja-voelkische-ableger-nein

Infrastruktur in den Kommunen unterstützt und damit in hohem Maße zur Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen und einem gelingenden Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland beiträgt.

Weiterhin fordern wir anzuerkennen, dass für den Erhalt und den Ausbau der bundeszentralen Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit ein vollständiges Bundesinteresse vorliegt und dementsprechend die finanzielle Ausstattung des Kinder- und Jugendplanes überjährig und krisenfest entsprechend einer inflationären Entwicklung anzupassen ist. Als Indikator für die finanzielle Ausstattung sind die Steigerungsraten der Personalausgaben im öffentlichen Dienst und der Diäten der Abgeordneten im Bundestag anzulegen.

Außerdem fordern wir, dass der Kinder- und Jugendplan des Bundes inkl. der darin verankerten Beteiligungsrechte von Trägern und Mittelempfängern sowie die Verfahren zur Verwaltungsvereinfachung (Rahmenvereinbarungsprinzip) zum Leitprinzip für jedwede Förderprogramme und Richtlinien des Bundes, an denen finanzschwache Träger wie Jugendorganisationen beteiligt sind, erhoben wird.

Wir fordern die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass Förderung für Jugendverbände unmittelbar diesen zugänglich ist und zu Gute kommt und keine mittelbare Verzweckung z.B. für Nachwuchswerbung von Institutionen o.ä. damit finanziert wird.

Begründung: Die bundeszentrale Infrastruktur der Jugendarbeit knüpft direkt an die Entwicklung der sozialen Infrastruktur der Kommunen und Landkreise an. Sie stellt damit im Kontext der Jugendhilfe eine wichtige Unterstützungsleistung für ein präventiv gelingendes Aufwachsen junger Menschen dar. Insbesondere ländliche Räume haben dabei aufgrund einer zunehmenden Verinselung und z.T. auch Vereinsamung junger Menschen besonderen Bedarf, Problemlagen vorzubeugen und jungen Menschen Zukunftsperspektiven zu bieten. Jugendverbandsarbeit und Jugendarbeit können nur dann diese gesellschaftlich hochrelevante Funktion erfüllen und jungen Menschen sichere Orte und Gelegenheitsstrukturen für ihr Aufwachsen bieten, wenn die ineinandergreifenden Infrastrukturen bedarfsgerecht ausfinanziert sind und die Strukturen Stabilität erfahren.

Ehrenamt fördern und sichern

Forderung

Wir fordern, die **Freistellung für ehrenamtliches Engagement** bundesweit zu vereinheitlichen, zu fördern und ein bürokratiearmes Verfahren umzusetzen, das von Mehrfachnachweisen in Schule, Beruf, Ämtern und Ausbildung absieht. Soweit es sich um anerkannte Träger der Jugendhilfe handelt, ist vom Zweck des ehrenamtlichen Engagements abzusehen.

Wir fordern, die zahlreichen **Ehrenamtskarten zu vereinheitlichen** und bundesweit gültig zu machen. Anerkennung kann und sollte auch in Form von finanziellen Vorteilen für nachweislich ehrenamtlich Engagierte erfolgen, z. B. mit dem Anspruch auf Ermäßigungen für Tickets bei Zugreisen mit der Deutschen Bahn (Bahncard) und vergünstigten Eintritt in Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Die bisherigen regional oder landesweit begrenzten Ehrenamtskarten sollten standardisiert und bundesweit gültig sein, damit insbesondere junge Menschen, die in Ausbildung und Studium mobil sind, nicht an einen bestimmten Ort gebunden sind.

Der BDL und seine Landesverbände fordern, dass die Bundesregierung ihren Fokus im Bereich „Dienste für junge Menschen“ auf die **Förderung und Stärkung der Freiwilligendienste** ausrichtet. Neben dem weiteren Ausbau der Einsatzstellen und Zielgruppenansprache sollte auch die Qualität der Betreuung, der Bildungsarbeit, der Begleitung und der Seminare weiterentwickelt

werden. Daher verweisen wir auf die Forderung des DBJR, einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst einzuführen und im gleichen Zug die ausreichende Finanzierung sicherzustellen.

Begründung: Zusammen, d.h. als Jugendgruppe oder Gruppe junger Erwachsener etwas bewegen, etwas für sich selbst oder/und andere tun, ein gemeinsames Ziel verfolgen, voneinander lernen, Austausch, Verantwortung übernehmen und gemeinsam Spaß haben – das sind zentrale Motive des Jugendverbandes BDL und der Landjugendlichen, die zu ihm gehören. In der Landjugend kann sich jeder einbringen, der dazu gehören möchte. Dort können der und die Einzelne die eigenen Stärken freiwillig und geleitet durch die intrinsische Motivation einbringen. Selbstbewusst positionieren sich Landjugendliche als die Vertretung von jungen Menschen in ländlichen Regionen.

Die Freiwilligendienste sind für junge Menschen eine gute Gelegenheit, entsprechend ihrer eigenen Interessen im Bundesgebiet oder international Erfahrungen zu sammeln. Freiwilligendienste tragen in besonderem Maße zur persönlichen Entwicklung und beruflichen Orientierung bei den jungen Menschen bei. Dem BDL ist es wichtig, nochmals auf das Gebot der Freiwilligkeit von Engagement hinzuweisen und sich der zunehmenden Instrumentalisierung von Engagierten zu verwehren. Freiwilligkeit ist zentrale Grundvoraussetzung von ehrenamtlichem Engagement. Ehrenamt kann nicht verordnet werden. Stattdessen müssen Politik und Gesellschaft einen wohlwollenden Rahmen bieten, damit Menschen sich interessengeleitet und selbstmotiviert engagieren können.

Rente sichern und zukunftsfähig machen, finanzielle Bildung ausbauen und Altersarmut verhindern

Forderungen:

Wir setzen uns für eine zukunftssichere Rente ein, die **Care-Arbeit** gerecht berücksichtigt und das **Renteneintrittsalter** stabil hält. Änderungen in der Rentenpolitik dürfen nicht allein zu Lasten der jungen Generation getroffen werden. Die notwendigen Anpassungen müssen von der gesamten Gesellschaft getragen werden.

Um das Vertrauen in die gesetzliche Rente wiederzugewinnen, müssen auch **Abgeordnete solidarisch in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen**. Dadurch sind sie zugleich von künftigen Entscheidungen über die gesetzliche Rente auch selbst betroffen. Das macht ihre Entscheidungen umso glaub- und vertrauenswürdiger.

Wir fordern, **gesellschaftsrelevante Leistungen** wie Pflegezeiten, Zeiten der Kindererziehung oder ehrenamtliches Engagement stärker bei der Rentenberechnung zu berücksichtigen.

Wir fordern, die **Beitragsbemessungsgrenzen** anzuheben. Wer sehr viel verdient, sollte auch entsprechend einzahlen, sonst werden die mittleren Einkommen unverhältnismäßig stärker belastet als Spitzenverdienende.

Wir fordern, **insbesondere in Schulen und der Ausbildung finanzielles Basiswissen** zu vermitteln, damit alle jungen Menschen gleich zu Beginn ihrer Eigenständigkeit das nötige Know-how haben, um finanzielle Entscheidungen bewusst und informiert treffen zu können und damit auch langfristig Altersarmut vorzubeugen. Hierfür sind Kooperationen mit den Verbraucherzentralen sowie anderen Akteuren zweckmäßig, die ohne Gewinnerzielungsabsichten oder um Verträge zu vermitteln, Informationen aufbereiten, Workshops, Seminare und Beratung anbieten, um Lehrkräfte inhaltlich und fachlich zu unterstützen.

Wir fordern, umgehend einen **Generationengipfel** einzuberufen. Wenn die möglichen und notwendigen Maßnahmen zur Reform des Rentensystems erarbeitet und diskutiert werden, sind mandatierte Vertreter:innen junger Menschen gleichberechtigt zu beteiligen.

Begründung: Eine nachhaltige Rentenpolitik muss klare Perspektiven für die junge Generation bieten. Dazu gehört, das Rentenalter nicht weiter zu erhöhen und auch Care-Arbeit in die Rentenberechnung einzubeziehen. Um Altersarmut vorzubeugen, sollten Schulen und Ausbildungsstätten die Grundlagen finanzieller Bildung vermitteln. Dies umfasst Kenntnisse über Steuern, Sparen und Rentenplanung, damit junge Menschen eigenständig für ihre Zukunft vorsorgen können.

Diese Aufgaben sind Teil unseres gesamtgesellschaftlichen Miteinanders. Zudem sind Normalarbeitsverhältnisse und lineare Beschäftigung heute nicht mehr der Regelfall. Unser Rentensystem muss diese veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen besser widerspiegeln. Menschen, die viel Energie und Zeit in ehrenamtliche Tätigkeiten aufbringen, sollen dafür eine Anerkennung erhalten, die sich positiv auf ihre Rentenansprüche auswirkt.

Nur sofortige Reformen ermöglichen Jungen und Alten von heute und morgen ein auskömmliches Leben im Jetzt und im Alter. Es geht darum, den Zusammenhalt und das Miteinander der Generationen nicht aufs Spiel zu setzen. Wir wollen ein gutes Leben für alle – in jedem Lebensabschnitt. Dazu gehört für den größten Jugendverband im ländlichen Raum, innerhalb der Einnahmen und Ausgaben der Rentenkasse Systemkonformität zu wahren und folgerichtig versicherungsfremde Leistungen zur Alterssicherung anderweitig gegen zu finanzieren.

Jugendbeteiligung stärken

Forderungen:

Wir fordern Augenhöhe bei Beteiligung. Daher fordern wir die künftigen Regierungsparteien auf, **echte Jugendbeteiligung auf Bundesebene gesetzlich zu verankern** und angemessene und Zielgruppen gerichtete Informations- und Beteiligungsprozesse umzusetzen. Dabei muss die Beteiligung junger Menschen an den Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung ausgerichtet⁴ und vollständig ausfinanziert werden. Junge Menschen müssen konsequent mit eigener Stimme und echter Entscheidungsmacht einbezogen werden.

Kinderrechte müssen entsprechend der längst ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention im Grundgesetz implementiert werden.

Um sicherzustellen, dass politische Entscheidungen grundsätzlich generationengerecht getroffen werden, fordert der BDL, den bestehenden **Jugend-Check**⁵ verbindlich für alle Ressorts und Gesetzgebungsprozesse einzuführen, auszuweiten und weiterzuentwickeln. Dieser bereits teilweise umgesetzte Ansatz soll verpflichtend auf sämtliche Bundesressorts angewendet und frühzeitig in die Ausarbeitung von Gesetzen und Ausführungsbestimmungen integriert werden. Da Gesetze oft über Jahre hinweg wirken, müssen sie die Interessen künftiger Generationen berücksichtigen und die Prinzipien der Nachhaltigkeit wahren.

Begründung: Ob in der Rentenkommission, in Rundfunk- und Fernsehbeiräten oder an Runden Tischen – überall dort, wo die Weichen für die Zukunft unserer Gesellschaft gestellt werden, müssen junge Menschen angemessen beteiligt werden. Junge Menschen bei politischen Entscheidungen außen vorzulassen, weil ihnen ein vermeintlich mangelndes Verständnis, Erfahrung oder Wissen unterstellt wird, dienen oft nur als Ausrede, Inhalte nicht ausführlicher zu erklären oder zu argumentieren. Politik beginnt bereits in der Sprache und am Küchentisch.

⁴ siehe hierzu auch <https://standards.jugendbeteiligung.de/> und im Weiteren <https://dbjr.de/positionen> (Zugriff online zuletzt am 6.12.24)

⁵ siehe <https://jugend-check.de/>

Die Einbindung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist essenziell, um unsere Demokratie zu stärken und zu sichern. Dazu braucht es eine verlässliche Förderung von Strukturen, auch der politischen Bildung, sowie eine intensive Forschung in diesem Bereich. Politische Bildung muss fächerübergreifend gedacht und integriert werden – nicht bloß einmal pro Woche am Ende des Stundenplans. Sie geschieht überall: in Familien, Kindergärten, Horten, Vereinen, am Arbeitsplatz und im Ehrenamt.

Politik muss sich zudem stärker erklären und ihre Entscheidungsprozesse sowie deren Grundlagen transparenter machen. Politische Kommunikation sollte einerseits zeigen, dass auch politische Amtsträger:innen Menschen mit Grenzen und Stärken sind und andererseits klar offenlegen, wer auf welcher Basis welche Entscheidungen trifft oder treffen darf.

Fachkräfte von morgen gewinnen und halten

Forderung

Wir fordern, die **Attraktivität der Ausbildungsberufe** zu sichern und eine **faire Bezahlung** in der Ausbildung sicherzustellen. Gerade für Auszubildende in ländlichen Regionen müssen zusätzliche Unterstützungsangebote (bspw. bei der Wohnungssuche, dem Erwerb des Führerscheins und der Nutzung bzw. Verfügbarkeit des ÖPNV (Azubiticket o.ä.) etabliert werden, um den Verbleib der jungen Menschen auf dem Land auch während der Ausbildung und deren unabhängige Existenz zu ermöglichen.

Weiterbildungsangebote bzw. Umschulung und die **Meisterförderung** sind auszubauen, zu vereinheitlichen und zu fördern, um langfristig Fachkräfte auszubilden und zu sichern.

Um zugewanderte Fachkräfte von Anfang an gut zu unterstützen, fordern wir, entsprechende **Integrationsmaßnahmen, Mentoringprogramme und Sprachkurse auszubauen** und zu sichern.

Begründung: *Wir setzen uns für eine faire Bezahlung während der Ausbildung und gezielte Unterstützung bei der Wohnungssuche und Wohnungsbau ein, damit junge Menschen unabhängig und gut vorbereitet ins Berufsleben starten können. Unser duales Ausbildungssystem bietet hinsichtlich der beruflichen Perspektiven gleichwertige Entwicklungsmöglichkeiten wie ein Studium.*

Gender Pay Gap abschaffen – gleiche Bezahlung, gleiche Verteilung von Sorgearbeit

Forderungen:

Wir fordern eine **konsequente Förderung von Frauen** und die Berücksichtigung von Erziehungszeiten in der Lohnstruktur, um den Gender Pay Gap abzubauen. Wir setzen uns für **Geschlechtergerechtigkeit** ein und fordern, Chancengleichheit zu garantieren. Dabei unterstützen wir die Forderungen des Deutschen LandFrauenverbands⁶ und des Bündnis Sorgearbeit fair teilen:⁷

- Entgeltersatzleistung für Pflegende, um sich um pflegebedürftige Personen kümmern zu können, ohne die eigene Existenzsicherung aufs Spiel zu setzen

⁶ Positionen des dlV sind zu finden unter: <https://www.landfrauen.info/themen/gerechte-chancen/detail/wirtschaftliche-von-frauen-gleichstellung-voranbringen> (Zugriff online zuletzt am 6.12.24)

⁷ siehe Bündnis Sorgearbeit fair teilen unter <https://www.sorgearbeit-fair-teilen.de/> (Zugriff online zuletzt am 14.1.24)

- Ausweitung der individuellen, nicht übertragbaren Elterngeldmonate, um eine geschlechtergerechte Übernahme von Sorgeverantwortung zu fördern
- Öffentliche Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen, um Familien mit kleinen Kindern, Alleinerziehende oder Menschen mit Unterstützungs- und Pflegebedarf zu entlasten bspw. in Form eines Gutscheinsystems (für öffentliche Einrichtungen)
- 10 Tage Freistellung für Väter bzw. zweite Elternteile rund um die Geburt mit vollem Lohnersatz
- Abschaffung der Lohnsteuerklasse V und Individualbesteuerung für alle
- Schaffung von Rahmenbedingungen für geschlechtergerechte und familienorientierte Arbeitszeitmodelle

Begründung: Der Gender Pay Gap benachteiligt Frauen wirtschaftlich und trägt zur Aufrechterhaltung einer ökonomischen und personellen Diskriminierung bei. Maßnahmen zur gezielten Förderung von Frauen und bspw. zur Berücksichtigung von Erziehungszeiten sollen dazu beitragen, dass Frauen gleichwertige berufliche und wirtschaftliche Chancen und entsprechende Vergütungen erhalten.

Fake News vergiften Wissen: Parteien in die Pflicht nehmen

Forderung

Der Bund der Deutschen Landjugend fordert, die Erstellung einer gesetzlichen Grundlage, damit Parteien, die nachgewiesen Fake News erzeugen und verbreiten, künftig mit einer **Strafgebühr** in Höhe von 1 % ihrer Parteienfinanzierung belegt werden.

Begründung: Wer für Bildung und Sachorientierung plädiert und selbst täglich Fake News verbreitet, untergräbt seine eigene Glaubwürdigkeit. Gerade politische Partei, Mitglieder von Parlamenten und Amtsträger:innen haben eine herausgehobene Verantwortung. Wir erwarten insbesondere von Parteien im Bundestag sachliche und geprüfte Informationen sowie die faktenbasierte Darstellung von Sachverhalten. Sie tragen im Besonderen Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung und Meinungsbildung. Beiträge, Meldungen und Nachrichten, die Hass und Hetze schüren, dulden wir nicht und erwarten von den künftigen Regierungsparteien entsprechende Regelungen einzuführen. Parteien müssen dem Vertrauen, dass im Wählerwillen Ausdruck findet und ihnen entgegengebracht wird, in ihrer Kommunikation und ihrem Handeln gerecht werden.

Junge Menschen im digitalen Raum schützen

Forderung

Wir fordern, die **Sozialen Medien zu einem sicheren Ort für junge Menschen** zu verändern. Darum erwarten wir, entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen und verbindliche **Regulierung der Algorithmen** und setzen uns für ein unabhängiges Gremium ein, dass u.a. die ethischen, technischen, datenschutzrelevanten und sozialen Fragestellungen der Sozialen Medien und der Algorithmen regelmäßig prüft und Maßstäbe vorlegt. Um die Einhaltung dieser Regelungen abzusichern, müssen entsprechende Verträge und verbindlichen Vereinbarungen auch mit den betreffenden Unternehmen getroffen werden.

Begründung: Ein bewusster Umgang mit Konsum und Medien ist wichtig, damit einerseits Kaufentscheidungen informiert und bewusst getroffen werden und andererseits Informationen bspw. auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft werden und Nachrichten in einem Kontext betrachtet werden können. Jugendlichen sollten daher frühzeitig Kenntnisse zum Umgang mit Medien und

Informationen sowie kritisches Denken vermittelt werden, um nachhaltige Entscheidungen zu treffen und Fake News zu erkennen.

Prävention häuslicher Gewalt

Forderung

Wir fordern einen **Ausbau von Frauenhäusern und Ansprechstellen** sowie gezielte Aufklärung über häusliche Gewalt, um Betroffene zu unterstützen und Gewalt zu verhindern. Wir fordern, Fachberatungsstellen, Schutz- und Interventionseinrichtungen adäquat zu finanzieren – auch bzw. im Besonderen in ländlichen Regionen. **Selbsthilfestrukturen** müssen gesichert und unterstützt werden. Die **Strafverfolgung muss schneller umgesetzt** und Frauen dabei ernst genommen und geschützt werden. Verfahren müssen **sensibler gestaltet** werden. Das Leiden der Frauen und ihrer Kinder darf nicht durch die Strafverfolgung verstärkt werden. Die Gesetzeslage und Rechtspraxis muss geprüft und ggf. angepasst werden, um dem staatlichen Schutzauftrag besser nachzukommen. Zielgruppenspezifische Maßnahmen für besonders gefährdete Frauen sind auszubauen. Personen im Umfeld von gefährdeten, betroffenen und getöteten Frauen müssen (besser) unterstützt werden. Wir fordern, spezifische Maßnahmen zur Unterstützung der Kinder ermordeter Frauen zu etablieren. Wir fordern, ein Risiko-Bewertungsinstrument zu entwickeln, zu etablieren und die diversen Schnittstellen miteinander zu verzahnen.

Wir fordern, **Dunkelfeldforschung** zu betreiben und auszubauen. Zudem müssen niedrigschwellige Täterarbeitsprogramme eingeführt werden. Die Öffentlichkeit ist zu sensibilisieren und ethische Richtlinien für die Berichterstattung zu entwickeln.

Wir fordern, Schulungen und Fortbildungen in relevanten Berufen verpflichtend einzuführen.

Schließlich fordern wir, sich auch in den Sozialen Medien für gewaltfreie Räume und Diskussionen einzusetzen, um der Bedeutung unserer digitalen Welt Rechnung zu tragen.

Begründung: Der Ausbau von Frauenhäusern und Anlaufstellen für Opfer häuslicher Gewalt ist besonders in ländlichen Regionen dringend notwendig. Aufklärung über häusliche Gewalt in Schulen und Jugendorganisationen ist ein weiterer wichtiger Präventionsansatz. Frauen erfahren Gewalt aufgrund ihres Geschlechts. Diese Gewalt ist Ausdruck eines Machtungleichgewichts zwischen den Geschlechtern. Zudem erfahren Frauen Gewalt vor allem im sozialen Nahraum – also dort, wo sie sich eigentlich sicher und zuhause fühlen können sollten.⁸ Geschlechtsspezifische Gewalt ist keine Privatsache, sondern ein ernstzunehmendes gesellschaftliches Problem.⁹

Generationengerechtigkeit sichern – Haushaltspolitik zukunftsfest ausgestalten

Forderungen:

Wir fordern die **Umgestaltung der Schuldenbremse**, um Daseinsvorsorge und Infrastruktur auf eine gesicherte Zukunft auszurichten. Wer zusätzliche Lasten für die künftigen Generationen abwenden will, muss heute entsprechende Investitionen tätigen. Dafür müssen politische Weichen

⁸ siehe hierzu Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe, Frauen gegen Gewalt e.V.: <https://www.frauen-gegen-gewalt.de/de/infothek/gewalt-gegen-frauen/gewalt-gegen-frauen-merkmale-und-tatsachen.html> (Zugriff zuletzt online am 18.9.23)

⁹ siehe hierzu Bundeszentrale für Politische Bildung, Dossier Femizide und Gewalt gegen Frauen: <https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/femizide-und-gewalt-gegen-frauen/519839/femizide-und-notwendige-massnahmen/> (Zugriff zuletzt online am 18.9.23)

gestellt und Entscheidungen getroffen werden. Wir fordern daher die künftige Regierung auf, **in unsere soziale, technische, wirtschaftliche und regionale Daseinsvorsorge und Infrastruktur zu investieren**, um die strukturelle Substanz unseres Landes zukunftsfähig zu machen.

Kinder müssen über eine armutsfeste **Kindergrundsicherung** von Anfang an abgesichert werden, damit alle jungen Menschen in Deutschland vollumfänglich am gesellschaftlichen Leben in Kita, Schule, Freizeit und Ausbildung teilhaben können. Wir fordern die künftigen Regierungsparteien dazu auf, eine entsprechende gesetzliche Regelung endlich in Kraft zu setzen.

Grundsätzlich fordern wir, die öffentliche Daseinsvorsorge als Ganzes anzugehen: Die **Grundausstattung der Daseinsvorsorge muss festgeschrieben** und unabhängig von der Wirtschaftlichkeit garantiert werden. Das Gemeinwohl muss vor wirtschaftlichen Interessen stehen.

***Begründung:** Dem Irrglauben überzogenes Sparen würde kommenden Generationen Zukunft ermöglichen, muss mit entschiedener Haltung, konsequenten Entscheidungen und einer Planung mit Augenmaß entgegengetreten werden. Die Zukunftsgestaltung muss Politikfeld bleiben und kann nicht auf fiskalpolitische Zwänge reduziert werden. Einsparungen dürfen nicht an der Zukunft der Gesellschaft, der Kinder und Jugendlichen erfolgen – sonst entziehen wir der Zukunft bereits heute die notwendige Grundlage für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft.*

Die Kindergrundsicherung ermöglicht es allen Kindern von Anfang an in diese Gesellschaft hineinzuwachsen und zu starken Leistungsträger:innen zu werden. Insbesondere Jugendliche sind in der Phase des Übergangs in die Eigenständigkeit von Jugendarmut bedroht, diese Gefahr muss daher gesondert betrachtet und wirksam bekämpft werden.

Durchführung von internationalen Begegnungen

Forderung

Der BDL fordert eine **verlässliche Förderung der Träger internationaler Jugendarbeit** sowie eine stärkere gesellschaftliche und politische Anerkennung des internationalen Jugendaustauschs.

Dazu gehört, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt, dass die Bildungs- und **Jugendförderprogramme Erasmus+ und Europäischer Solidaritätskorps bedarfsgerecht finanziert** und ausgebaut werden. Mit Blick auf den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU unterstützt der BDL die DBJR-Position den MFR jugendgerecht zu gestalten¹⁰.

***Begründung:** Grenzüberschreitende Mobilitätserfahrungen sind von hoher Bedeutung, da sie Jugendlichen helfen, ihre Identität zu entwickeln und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Die*

¹⁰ nachzulesen unter <https://www.dbjr.de/artikel/den-mehrjaehrigen-finanzrahmen-der-eu-jugendgerecht-gestalten> (Zugriff zuletzt online am 6.12.24); auszugsweise:

- Der MFR enthält Förderangebote, die auf die Bedürfnisse von jungen Menschen und Jugendorganisationen zugeschnitten und diesen vorbehalten sind.
- Der MFR umfasst eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung für EU-Jugendprogramme.
- Der mehrjährige Finanzrahmen verzweckt Förderprogramme für junge Menschen nicht.
- Fördermittel für junge Menschen und Jugendorganisationen sind eindeutig erkennbar und leicht auffindbar.
- Fördermittel sind für junge Menschen und Jugendorganisationen leicht nutzbar und unbürokratisch zugänglich.
- Die Fördermittel im Jugend-Bereich orientieren sich an der Zielgruppe junge Menschen und sind für alle jungen Menschen zugänglich.
- Die einzelnen Förderinstrumente des MFR bieten verpflichtende, wirkungsvolle Mitbestimmungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure bei der Programmentwicklung und -umsetzung in der ganzen EU.

Auseinandersetzung mit anderen Kulturen, Lebensweisen und Ländern bereichert nicht nur individuell, sondern ist auch ein eigenständiger Wert für eine diverse und offene Gesellschaft.

Internationaler Austausch und interkulturelles Lernen unterliegen einem ständigen Wandel, der durch globale, nationale und regionale politische Entwicklungen geprägt ist. Die Akteur:innen der Kinder- und Jugendarbeit sowie des internationalen Austauschs setzen sich kontinuierlich mit diesen Veränderungen auseinander und passen ihre Angebote an die sich verändernden Rahmenbedingungen an. Dies zeigte sich besonders deutlich während der Corona-Pandemie mit den einhergehenden Reisebeschränkungen, die neue Wege und Impulse erforderten. Gleichzeitig setzen sie selbst wichtige Zeichen und schaffen wertvolle Austausch Erfahrungen, die Teilnehmenden ein Leben lang in Erinnerung bleiben.

Agrarpolitik

Einkommensperspektiven und Planungssicherheit für Junglandwirt:innen

Einkommensperspektiven

Forderung

Zentrales Thema in der Agrarpolitik der Bundesregierung müssen die Einkommensperspektiven für Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen werden. Die in der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) erarbeiteten Entwicklungspfade für eine nachhaltige Zukunft der Landwirtschaft sollten als Leitlinie für die Koalitionsarbeit und das Regierungshandeln dienen. Die strategischen Leitlinien und Empfehlungen der Zukunftskommission müssen im Koalitionsvertrag verankert werden.

Begründung: Einkommensperspektiven beeinflussen in hohem Maße die Frage der Hofübernahme, der Existenzgründung und alles in allem der Planungssicherheit für die Zukunft. Insbesondere Junglandwirt:innen und -winzer:innen stehen vor massiven Herausforderungen beim Aufbau einer landwirtschaftlichen Existenz. Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat die strategischen Leitlinien in einem breit getragenen Konsens mit Stakeholdern aus Landwirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz, Gesellschaft, Verbraucher:innen und Handel erarbeitet. Diese ebnen den Weg für sichere Einkommensperspektiven für junge Landwirt:innen und Winzer:innen.

Risikoausgleichsrücklage

Forderung

Unterstützend bedarf es daher auch einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage, damit Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen den politischen Volatilitäten und Krisen besser begegnen können.

Begründung: Vor allem Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen befinden sich in einer besonderen betrieblichen Lage und müssen Betriebsentwicklungen finanzieren und Investitionen tätigen.

Verlängerung GAP-Zeitraum

Forderung

Der BDL fordert, dass sich die Bundesregierung für eine Verlängerung des GAP-Zeitraumes auf 10 Jahre und für längere Übergangsfristen (z.B. für bauliche Maßnahmen im Bereich der Tierhaltung) einsetzt. Darüber hinaus fordern wir einen Volatilitätscheck und Bindungsfristen für gesetzliche Regelungen und Maßnahmen, damit Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen verlässlich

betriebliche Investitionen planen können. Zeitliche Fristregelungen sollten dabei an die Abschreibungsfristen der Steuergesetzgebung angelehnt werden.

Begründung: *Junge Landwirt:innen und Winzer:innen sind die Zukunft der Landwirtschaft. Um Betriebe unter allen Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit (also Ökonomie, Ökologie und Soziales) in die Zukunft zu führen, müssen sie Entscheidungen treffen. Doch dafür sind klare Vorgaben und verlässliche Rahmenbedingungen unerlässlich. Seit Längerem sind die Planungen für zukünftige Investitionen für Landwirt:innen sehr unsicher, weshalb Investitionen beispielsweise in tierwohlfreundlichere Stallbauten ausstehen. Durch das Handeln vieler Akteur:innen – insbesondere von Politik und großen Akteur:innen an den Märkten, aber auch durch veränderte gesellschaftliche Anforderungen und erhöhten Produktionskosten entsteht für Junglandwirt:innen Unsicherheit. Entscheidungen in der Landwirtschaft sind Entscheidungen für Generationen, oftmals geprägt von großen Investitionssummen und langer Bindung. Diese können nicht von heute auf morgen umgekehrt werden.*

Wettbewerbsstellung

Forderung

Der BDL fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Marktbeziehungen fair ausgestaltet sind und zwischen Handel, Erzeuger:innen, verarbeitenden Unternehmen und Verbraucher:innen ein Interessensausgleich auf Augenhöhe stattfinden kann. Es muss sichergestellt werden, dass es keine weitere Konzentration der bereits sehr dominanten Handelsketten (LEH) gibt.

Begründung: *Seit Langem stehen landwirtschaftliche Betriebe unter massivem ökonomischem Druck, welcher die Existenz vieler Betriebe, die bereits über viele Generationen hinweg geführt werden, zerstört. Ungleiche Kräfteverhältnisse in der Vermarktungskette spielen dabei eine große Rolle. Die Verhandlungsposition von Landwirt:innen gegenüber Handel, verarbeitenden Unternehmen und Verbraucher:innen ist aufgrund des großen Drucks schwierig. Es bedarf daher fairer Regelungen für die Märkte, um die Verhandlungsposition der Erzeuger:innen zu stärken und ihre Interessen besser zu schützen, die von der Zukunftskommission Landwirtschaft im zweiten Bericht bekräftigt wurden.¹¹*

Gemeinsame Agrarpolitik und europaweite Lösungen

GAP Junglandwirt:innen-Förderung

Forderung

Die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene generell für den Erhalt des Finanzvolumens der GAP stark zu machen. Des Weiteren fordern wir eine Aufstockung der Junglandwirteförderung im GAP-Budget auf 6 %, die Zugangsvoraussetzungen für die Existenzgründungsprämie zu senken und diese bundesweit zu vereinheitlichen.

Begründung: *Die GAP ist für die Landwirtschaft eine wichtige Stütze bei der Einkommenssicherung und der Umsetzung relevanter Umwelt- und Tierschutzleistungen, weshalb sie mit ihren zwei Säulen für unsere Junglandwirt:innen und –winzer:innen derzeit unabdingbar ist. Die gesellschaftlichen Forderungen nach mehr Umwelt-, Tier- und Klimaschutz in der Landwirtschaft steigen und erfordern entsprechende finanzielle Mittel zur Umsetzung wissenschaftlich fundierter Maßnahmen mit ökologischer Wertigkeit. Langfristig strebt der BDL eine grundsätzliche Diskussion zur Neugestaltung*

¹¹ https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Landwirtschaft/zukunft-landwirtschaft-bericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=6

der Europäischen Agrarpolitik an, da das derzeitige Zwei-Säulen-System der GAP in verschiedenen Bereichen nachweisliche Schwächen zeigt.

GAP Vereinfachtes Antragsverfahren

Forderung

Um jungen Unternehmer:innen den Start zu erleichtern, muss das Antragsverfahren zur Beantragung der GAP-Förderung verständlicher, durch Lotsen und mit Angeboten der Beratung begleitet werden.

Begründung: Ein vereinfachtes Antragsverfahren für die GAP-Förderung ist ein wichtiger Schritt, um jungen Landwirt:innen den Einstieg in die Selbstständigkeit zu erleichtern. Es reduziert unnötige bürokratische Hürden, ermöglicht es ihnen, sich auf ihr „Kerngeschäft“ zu konzentrieren und schafft eine attraktivere Förderlandschaft. Bei Vereinfachung der Antragstellung gilt jedoch stets die Datenhoheit der Landwirtschaftsbetriebe zu beachten.

Unternehmerisch attraktive Umweltleistungen

Forderung

Die Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen sind bereit, Umweltleistungen im Rahmen der GAP zu erbringen, wenn sie entsprechend entlohnt werden. Dazu müssen die Ökoregelungen unternehmerisch attraktiv und regional sinnvoll gestaltet sein.

Begründung: Die Maßnahmen sollten nicht nur mit bürokratischem Aufwand und Einschränkungen verbunden sein, sondern müssen so gestaltet sein, dass sie sich auch betriebswirtschaftlich lohnen. Das bedeutet, dass die Kosten, die durch die Umsetzung der Ökoregelungen entstehen, gedeckt sein müssen und einen Gewinn ermöglichen.

Europaweite Lösungen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit

Forderung

Zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland braucht es europaweite Lösungen und EU-weit einheitliche Standards und Regelungen. Explizit fordern wir die Bundesregierung zu einem Grundsatzbeschluss auf, keine nationalen wettbewerbsschädlichen Beschlüsse im Verhältnis zu europäischen Regelungen gegen die deutsche Landwirtschaft zu fassen. So müssen der Agrardiesel (und Pflanzenschutzmittel) mit dem europäischen Durchschnittssatz besteuert werden. Gleichzeitig muss die Regierung die Förderung der Entwicklung alternativer Antriebstechniken vorantreiben und nicht-fossile Kraftstoffe steuerbefreien, damit der Wandel zu emissionsarmen Antrieben zügig voranschreitet.

Begründung: Auf europäischer Ebene gibt es nur wenige einheitliche Regelungen, unter anderem für die Tierhaltung. Dies verzerrt den Wettbewerb und benachteiligt jene Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen in den EU-Mitgliedsstaaten, in denen verstärkt auf Umwelt- und Klimaschutz und auf mehr Tierwohl geachtet wird. Europaweite Lösungen sind notwendig, um diesen Wettbewerbsnachteil zu vermeiden und zu verhindern, dass einige Landwirtschaftssektoren ins Ausland abwandern bzw. Lebensmittel importiert werden müssen.

Generationenwechsel in der Landwirtschaft fördern

Forderung

Der BDL fordert die Bundesregierung auf, einen „runden Tisch“ zum Thema Generationswechsel in der Landwirtschaft einzurichten. Unter Einbeziehung relevanter Stakeholdergruppen sollen dabei

frühzeitige und gezielte Fördermaßnahmen entwickelt werden, um Hofübernahmen und Hofübergaben nachhaltig zu unterstützen und die Zukunft der Landwirtschaft zu sichern.

Begründung: Für die Zukunft des Agrarstandortes Deutschlands ist der Grad an Hofnachfolgen und Hofübergaben entscheidend, denn ohne Junglandwirt:innen gibt es keine Zukunft in der Landwirtschaft. Wir sind bereit unser zukunftsorientiertes Wissen und progressive Vision für die Landwirtschaft einzubringen. Frühzeitige Hofübergaben zu einem Zeitpunkt, an dem Rentabilität und Zukunftsfähigkeit in hohem Maße vorhanden sind, liegen auch im Interesse aller Bürger:innen Deutschlands. Angesichts der Tatsache, dass 90% der Betriebsleiter:innen auf landwirtschaftlichen Betrieben keine Junglandwirt:innen sind¹², erscheint uns die „Zukunftsbranche“ wenig zukunftsorientiert.

Wirtschaftliche Aspekte

Junglandwirt:innen den Zugang zu Boden erleichtern

Forderung

Der Zugang zu Boden für Junglandwirt:innen und Existenzgründer:innen muss durch entsprechende Fördermöglichkeiten erleichtert werden, um ihnen einen erfolgreichen Einstieg in die Landwirtschaft zu ermöglichen. Damit verbunden sollte auch aktiv dem Flächenverlust entgegengewirkt werden, unter anderem durch Förderung von produktionsintegrierten Kompensationsmaßnahmen.

Begründung: Für (Jung-)Landwirt:innen sind Böden die wichtigste unvermehrte Produktionsgrundlage: eine begrenzte Ressource. Der Bodenmarkt ist seit Langem ein „heißes Pflaster“. Die Bodenpreise haben sich im Bundesschnitt seit 2007 nahezu verdreifacht¹³. Zum Teil sind Kauf- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr zu bezahlen. Außerlandwirtschaftliche Akteure machen mittels ShareDeals den Landwirt:innen, vor allem in den neuen Bundesländern, auf dem Bodenmarkt Konkurrenz. Zusätzlich sorgt der Flächenverlust von täglich 60ha für Siedlungs- und Verkehrsflächen und durch Bereitstellung von Ausgleichsflächen und Nutzung für Freiflächen-Photovoltaik für eine Verknappung des Bodens.

Wer mehr Tierwohl will, muss auch in den Umbau investieren

Forderung: Zielkonflikte in Gesetzen beseitigen

Wir fordern die Bundesregierung auf, bestehende Gesetze, Gesetzesinitiativen und -änderungen auf Zielkonflikte zwischen Umwelt-, Klimaschutz und Tierwohl zu überprüfen und zu beseitigen.

Begründung: Umweltschutz und Tierwohl – diese zwei Ziele prägen die Zukunft der Tierhaltung und stehen sich oft in einem Zielkonflikt gegenüber. Dabei sind beispielsweise die Forderung nach einem erhöhten Platzangebot, mehr Bewegungsmöglichkeiten und einer Außenklimahaltung nicht konform mit der Verringerung von Emissionen in die Umwelt. Hinzu kommt, dass Vorgaben aufgrund konkurrierender Ziele zwischen Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, Schweinehaltungshygieneverordnung und Bundes-Immissionsschutzgesetz nur schwer eingehalten werden können. Um den Junglandwirt:innen Planungssicherheit zu bieten, braucht es ein ganzheitliches Konzept der zukunftsorientierten Tierhaltung in Deutschland.

Forderung: Umbau Tierhaltung finanzieren

Die Bundesregierung kann die Tierhaltung in Deutschland nur zukunftsfest machen, wenn Sie auch in den Umbau investiert und den Erhalt der verbleibenden Betriebe stärkt. Die

¹² Destatis Agrarstrukturerhebung 2023

¹³ <https://www.praxis-agrar.de/pflanze/ackerbau/bodenpreise-warum-sie-seit-jahren-steigen>

Zukunftskommission Landwirtschaft hat im November 2024 die Ergebnisse des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung bekräftigt und zeitgemäß eingeordnet. Adäquat fordern wir, die Bundesregierung auf, die Ergebnisse in der kommenden Legislaturperiode umzusetzen und angemessen in den Umbau der Tierhaltung zu investieren, sodass laufende Mehrkosten der Tierhalter:innen gedeckt sind.

Begründung: Wie die Zukunftskommission in ihrem zweiten Bericht darstellt, besteht unter anderem angesichts der steigenden gesellschaftlichen Ansprüche an die Tierhaltung dringender Handlungsbedarf. Junge Tierhalter:innen befinden sich jedoch in großer Unsicherheit, da die politische Rückendeckung fehlt und der Umbau wiederum ein hohes Investitionsvolumen erfordert, welches aktuell fehlt.

Forderung: Nachlegen für 5xD

Damit nicht nur das Tierwohl umfassend verbessert wird, sondern auch die regionale Tierhaltung erhalten bleibt, sollte die Herkunftskennzeichnung bei Fleischwaren auf Verarbeitungserzeugnisse und Gastronomie ausgeweitet werden. Dabei müssen bereits bestehende Datenbanken genutzt werden, sodass kein Mehraufwand bei Junglandwirt:innen entsteht.

Begründung: Der BDL sieht in einer staatlichen Tierhaltungskennzeichnung allein keine umfassende Lösung, um die Verbesserungen in der Tierhaltung zu erreichen und die deutsche Tierhaltung zu stärken. Aktuell beschränkt sich die Kennzeichnung auf frisches Fleisch. Eine Ausweitung auf verarbeitete Produkte und Gastronomie ermöglicht mehr Transparenz für die Verbraucher:innen und kann die Nachfrage nach regional erzeugten und tierwohlgerechteren Produkten erhöhen, was wiederum die heimische Landwirtschaft unterstützt.

Privilegiertes Bauen verwirklicht Umwelt-, Klima- und Tierschutz

Forderung

Für umwelt- und tierschutzrelevante Baumaßnahmen braucht es vereinfachte und zeitnahe Bewilligungsvorgänge. Damit einhergehend ist auch das privilegierte Bauen im Außenbereich für Landwirt:innen unbedingt von der Bundesregierung beizubehalten.

Begründung: Die langwierigen Genehmigungsverfahren bei landwirtschaftlichen Bauvorhaben bremsen Innovation, Betriebsentwicklung und verbesserten Umwelt- und Tierschutz aus. Für Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen ist oft die Investition in neue Bauten ein Grundstein für ihre Zukunft.

Bürokratiewust für Landwirtschaft eindampfen

Forderung

Die Regierung muss neue Vorgaben vor ihrer Implementierung auf Praxistauglichkeit prüfen. Damit einhergehend fordern wir für die Politik verpflichtende Bürokratietests zugunsten der landwirtschaftlichen Betriebe. Die meisten Vorhaben erzeugten bislang einen hohen bürokratischen Aufwand auf den Höfen. Junglandwirt:innen und –winzer:innen können darüber hinaus von Bürokratie entlastet werden, wenn die Antragstellungen und auch Nachweispflichten vereinfacht werden, indem bestehende Datenbanken miteinander verknüpft werden.

Begründung: Wie die Zukunftskommission Landwirtschaft in ihrem aktuellen Bericht schreibt, ist in der Landwirtschaft eine Regelungsdichte erreicht, die die landwirtschaftlichen Betriebe, aber auch die Behörden überfordert. Das spüren auch Junglandwirt:innen jeden Tag aufs Neue. Die vorgeschlagenen Anpassungen der ZKL unterstützt der BDL. Zudem gibt es eine Schieflage zwischen „einfach für die Verwaltung“ und „kompliziert für den Betroffenen“.

Pauschalierung

Forderung

Wir fordern die kommende Bundesregierung auf, die Umsatzsteuergrenze bei der Umsatzsteuerpauschalierung gemäß § 24 UstG spürbar anzuheben.

Begründung: Die Pauschalierung stellt im Vergleich zur Regelbesteuerung für kleine, mittlere und Nebenerwerbsbetriebe in der Landwirtschaft und im Weinbau eine Entlastung dar, da der Verwaltungsaufwand geringer ausfällt. Darüber hinaus trägt sie angesichts der Preissteigerungen, zur Stärkung der kleinen und mittleren Betriebe bei.

Digitalisierung voranbringen

Forderung

Da Zahlen und Daten in den landwirtschaftlichen Betrieben, wie in anderen Branchen, zum Betriebsgeheimnis gehören, muss den Landwirt:innen die Hoheit über ihre Daten obliegen. Dafür brauchen Junglandwirt:innen zentrale Beratung in Datenmanagement und Datensicherheit. Zugleich muss die praxisnahe Weiterentwicklung der IT-Sicherheit in diesem Bereich gefördert werden. Die Einsicht von Dritten sowie Behörden sollte gesetzlich verboten werden. Damit Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen relevante Daten mit ihrem Einverständnis besser kommunizieren können, bedarf es einer vereinheitlichten Plattform, um den Meldeaufwand zu reduzieren.

Begründung: Die Landwirtschaftsbranche digitalisiert sich zunehmend. Mit der einhergehenden Digitalisierung sind jedoch auch Risiken verbunden, wenn es zum Beispiel um die Datenhoheit und Sicherheit geht. Generell sehen die Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen in Deutschland die Digitalisierung im vor- und nachgelagerten Bereich der Landwirtschaft als eine der vielen Lösungsmöglichkeiten an, um den zahlreichen heutigen und zukünftigen Anforderungen des Umwelt-, Tier-, und Sozialschutzes gerecht werden zu können. Die Digitalisierung in der Landwirtschaft, wie im ländlichen Raum, bietet durch Vernetzung und Systembildungen die Chance, Arbeitsabläufe und Qualitätssicherung zu erleichtern und in den drei Säulen der Nachhaltigkeit, also Umwelt, Ökonomie und Soziales, die Effizienz und Leistungen weiter auszubauen.

Weinbaugipfel

Forderung

Als größte Interessenvertretung von Jungwinzer:innen in Deutschland fordern wir die Bundesregierung auf, einen Weinbaugipfel mit beteiligten Stakeholdern zu veranstalten, um gemeinsam Lösungen und Strategien raus aus der aktuellen Weinbaukrise zu entwickeln.

Begründung: Der Weinbau in Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Klimawandel, Schädlinge und insbesondere die starken Marktveränderungen belasten Jungwinzer:innen. In Folge kommt es auf den Familienbetrieben zu Einkommensverlusten. Um die Zukunft des deutschen Weinbaus zu sichern, bedarf es einer umfassenden und koordinierten Strategie, die auch Vermarktungsperspektiven aufzeigt. Ein Weinbaugipfel bietet die Möglichkeit, alle relevanten Akteur:innen – von Winzer:innen über Wissenschaftler:innen bis hin zu Vertreter:innen der Politik und des Handels – an einen Tisch zu bringen und gemeinsam nachhaltige Lösungen zu finden, die die wirtschaftliche Existenz der Familienbetriebe sichern und gleichzeitig ökologische und soziale Aspekte berücksichtigen. Nur durch eine kooperative und ganzheitliche Herangehensweise kann die Zukunft des Weinbaus in Deutschland gesichert werden.

Nachhaltigkeit und Umwelt(schutz)

Wertschöpfung auf dem Land halten

Forderung: Regionale Produktion stärken

Die Struktur der regionalen Produktion muss stärker unterstützt werden, um Unternehmen mit Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft vor Ort zu halten und ihre Ansiedlung zu fördern. Die Erfahrungen der Corona-Pandemie haben gezeigt, wie wichtig die regionale und nahe Versorgung in Krisenfällen ist. Diese muss Startups sowie agrarische und handwerkliche Unternehmer:innen einbeziehen. Die Versorgung staatlicher Institutionen muss überwiegend mit regionalen und saisonalen Produkten erfolgen. Der BDL fordert die Entscheidungsträger:innen in der Politik auf, beim Einkauf der Produkte auf Regionalität und Produkte mit geschützter Herkunft zu achten und diese zu bevorzugen.

Begründung: Regionale Unternehmen sind wichtige Arbeitgeber und tragen zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Dörfer und Städte bei. Wenn der Staat beispielsweise bei Nahrungsmitteln selbst regional und saisonal einkauft, setzt er damit ein starkes Signal und stärkt die Nachfrage nach regionalen Produkten, was die Wirtschaft in den ländlichen Regionen lebendig hält und Arbeitsplätze sichert.

Erneuerbare Energien

Forderung

Im Bereich der Energie bedarf es einer stärkeren Entwicklung hin zu einer regional verorteten und dezentralen, klimafreundlichen Energiewirtschaft. Deshalb fordern wir die Regierung auf, Regelungen zu schaffen, die sicherstellen, dass ländliche Regionen direkt von der Erzeugung erneuerbarer Energien profitieren und damit die kommunalen Haushalte langfristig zu stärken. Die Erzeugung erneuerbarer Energien ist auch ein Standbein von landwirtschaftlichen Betrieben. Hierfür gilt, das Erneuerbare-Energien-Gesetz praktikabel für die Zukunft zu entwickeln und schon vorhandene Anlagen weiter zu nutzen. Eine wichtige Rolle spielen in dem Bezug fehlende Speicherkapazitäten. Als Folge bleibt produzierter Strom teilweise ungenutzt. Darum fordert der BDL, den Ausbau von Speicherkapazitäten für Erneuerbare Energien zu fördern. Im Speziellen muss die Systemdienlichkeit der Biogasanlagen gefördert werden, indem sie entsprechend vergütet und Auflagen erleichtert werden. Zusätzlich fordert der BDL, dass die Wertschöpfung für erneuerbare Energien über alle Energieformen hinweg, auch am Standort der Entstehung der Energieform, zu versteuern ist.

Begründung: Die Erzeugung von Energie erfolgt vor allem in ländlichen Regionen, die Wertschöpfung landet jedoch zu oft allein bei den in den urbanen Regionen verorteten Unternehmen. Was die Produktion von Erneuerbaren Energien auf Landwirtschaftsbetrieben anbelangt, sieht der BDL noch ungenutztes Potential und zu viele bürokratische Hürden. Je besser beispielsweise die Speicherkapazitäten ausgebaut werden können, umso attraktiver wird es für Junglandwirt:innen, in den Betriebszweig Erneuerbare Energien einzusteigen, ihn zu erhalten und zu investieren.

Forderung: Ausbau von Freiflächen-PV begrenzen

Wir fordern die Bundesregierung auf, wertvolle landwirtschaftliche Nutzflächen vor einer übermäßigen Bebauung mit Photovoltaikanlagen zu bewahren und stattdessen den Ausbau von Solarenergie auf Dächern, bereits versiegelten Flächen sowie Industriebrachen voranzutreiben.

Begründung: Der Ausbau von Photovoltaik ist essenziell, um die Energiewende voranzutreiben und den Klimaschutz zu stärken. Dafür müssen jedoch bereits versiegelte Flächen vorrangig genutzt werden, um wertvolle Agrarflächen zu erhalten. Landwirtschaftliche Nutzflächen sind Grundlage für

unsere Ernährung, sichern Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und stärken die regionale Versorgungssicherheit.

Forderung: Flächenfraß stoppen

Um auch zukünftig den Produktionsfaktor „Boden“ zu erhalten und damit die heimische Produktion von Lebensmitteln zu gewährleisten, fordert der BDL stärker auf die Umnutzung von Flächen zu setzen, Industriebrachland zu rekultivieren bzw. neu zu bebauen. Der tägliche Verlust wertvoller Böden ist konsequent zu reduzieren – durch nachhaltige Siedlungsentwicklung und effektive Maßnahmen gegen die Versiegelung ländlicher Räume.

Begründung: *Fruchtbare Böden sind nicht vermehrbar und essenziell für die Landwirtschaft, Biodiversität und den Klimaschutz. Der derzeitige Flächenverlust von 60 ha/Tag gefährdet ländliche Strukturen, zerstört Natur- und Kulturräume und behindert die Entwicklung für kommende Generationen. Nachhaltige Planung kann eine Balance zwischen Entwicklung und Bodenschutz schaffen.*

Klimaschutz

Forderung: Wertschätzung zeigen

Damit unsere Junglandwirt:innen noch zielgerichteter Klimaschutz betreiben können, fordert der BDL die Anerkennung und Förderung von geeigneten Maßnahmen. Dazu gehört der Anbau von Eiweißpflanzen, die Speicherung von CO₂ im Boden und der Einsatz von Smart Farming genauso dazu, wie die Gewinnung Erneuerbarer Energien. Im Hinblick auf die CO₂-Bepreisung muss die CO₂-Speicherung für den landwirtschaftlichen Betrieb angerechnet werden, damit es nicht zu Greenwashing kommt. Außerdem fordern wir eine freiwillige Klimaberatung für Betriebe, um die Effizienz der Klimaschutzmaßnahmen zu erhöhen und neue Potentiale aufzuzeigen.

Begründung: *Die Landwirtschaft bekommt schon heute Folgen des Klimawandels zu spüren, Wetterextreme, wie Dürren und Starkregen, nehmen zu. Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen sind sich ihrer Verantwortung für das Klima bewusst. Als Basis ihres Handelns ist der Erhalt von intaktem Klima für sie elementar! Maßnahmen wie integrierter Pflanzenschutz sind für sie gängiger Alltag als Beitrag zum Klimaschutz, denn keine andere Branche ist so abhängig vom Wetter wie die Landwirtschaft. Der Sektor Landwirtschaft erreicht das im Klimaschutzgesetz formulierte Ziel der Reduzierung der Treibhausgasemissionen¹⁴. Ein gewisser Basisausstoß an CO₂ ist unvermeidlich, der allerdings für die Produktion von Nahrungsmitteln akzeptabel ist. Vor allem, wenn regional produziert und somit möglichst wenig importiert wird.*

Pflanzengesundheit: Pflanzenschutz und NGTs

Forderung

Weiterhin erwarten wir von der Politik, dass durch eine Novellierung des Gentechnikrechts die Forschung im Bereich der neuen Züchtungstechniken stärker unterstützt und der Zugang zu Feldversuchen mit Pflanzen erleichtert wird, die durch neue Züchtungstechniken entwickelt wurden. Für den Weinbau könnte dies neben einer besseren Erforschung der Rebe die Zulassung neuer Rebsorten beschleunigen.

Begründung: *Die Landwirtschaft und der Weinbau müssen sich mit Sorten ausstatten können, die mit dem rasant fortschreitenden Klimawandel klarkommen. Aus Sicht des BDL müssen daher alle zur Verfügung stehenden Instrumente zur Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Anbausysteme*

¹⁴https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/thg-projektionen_2024_ergebnisse_kompakt.pdf

genutzt werden. Dazu gehören auch die neuen Züchtungstechniken als ein Werkzeug. Sie bieten die Chance, den Anbau von Kulturpflanzen flächeneffizienter und damit klimafreundlicher zu gestalten und bringen gegenüber der klassischen Züchtung einen zeitlichen Vorteil mit, sodass deutlich schneller auf die sich ändernden Klimabedingungen reagiert werden kann. Daher ist auch eine stärkere Unterstützung der Forschung in dem Bereich sowie die Erleichterung des Zugangs zu Feldversuchen dringend erforderlich.

Nachhaltige und ausgewogene Wolfspolitik

Forderung

Wir fordern die kommende Bundesregierung auf, eine nachhaltige und wissenschaftlich fundierte Wolfspolitik inklusive Bestandsmanagement zu entwickeln und umzusetzen, die die Herausforderungen des wachsenden Wolfbestands bewältigt und die Weidetierhaltung in Deutschland weiterhin ermöglicht. Dabei muss die FFH-Richtlinie entsprechend angepasst werden.

Begründung: Für die Weidetierhaltung, aber auch für die Außenklimahaltung spielt in Augen der Junglandwirt:innen im BDL ein zukunftsfähiges Wolfsbestandsmanagement eine bedeutende Rolle. Um Wolfsangriffe vorzubeugen gehört ihrer Meinung nach eine präventive und vollständige Förderung von Herdenschutzmaßnahmen selbstverständlich dazu. Bisherige Bemühungen in den Ministerien zeigen keine hinreichenden Ansätze zur Klärung des Interessenkonflikts zwischen Weidetierhaltung und Umweltschutz. Es bedarf regional differenziertem Bestandsmanagement, angemessener Entschädigungsregelungen und gezielter Förderprogramme für betroffene Landwirt:innen.

Pflanzenschutz und bedarfsgerechte Düngung

Forderung: Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel verbessern

In Hinblick auf die sich verändernden klimatischen Gegebenheiten und damit einhergehenden Schäden an Nutzpflanzen und Weinreben müssen die Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel von der Bundesregierung beschleunigt werden. Ebenso bedarf es pragmatischer Notfallzulassungen.

Forderung: Effiziente Düngung honorieren

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Ausweisung der nitratbelasteten, sogenannten roten Gebiete in der Landwirtschaft anzupassen und die in den letzten Jahren erzielten Einsparungen durch Precision Farming zu honorieren.

Begründung: Pflanzenschutzmaßnahmen und die bedarfsgerechte Düngung gehören zu den Grundbausteinen einer nachhaltigen und effizienten Pflanzenproduktion. Sie ermöglichen die Produktion gesunder Lebensmittel und tragen dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Landwirtschafts- und Weinbaubetriebe aufrecht zu erhalten. Die derzeitigen Regelungen honorieren die bereits effiziente Düngepraxis, insbesondere in den nitratbelasteten „roten“ Gebieten, nicht. Zudem konnten Landwirtschaftsbetriebe durch verbesserte Prognosemodelle und immer präziser werdenden Technik bereits viel Pflanzenschutzmittel einsparen.¹⁵ Da der Klimawandel neue und invasive Schaderreger wie die Kirschessigfliege begünstigen, bedarf es neben zügigen Notfallzulassungen auch mehr Wirkstoffe auf dem Pflanzenschutzmittelmarkt. Sie sind sowohl für konventionelle als auch für ökologische Betriebe ein wichtiges Puzzleteil, um zukunftssicheren Pflanzenbau und Weinbau zu betreiben.

¹⁵ https://www.ble.de/SharedDocs/Downloads/DE/BZL/Informationsgrafiken/241031_Pflanzenschutzmittel.html

Forderung: Feldspezifische Düngeplanung abschaffen

Wir fordern die Abschaffung der Meldung der schlagspezifischen Düngeplanung, um den Arbeitsaufwand von jungen Landwirt:innen und Winzer:innen zu verringern. Diese soll standort- und verursachergerecht differenziert werden.

Begründung: Die länderabhängige, einzelbetriebliche Stoffstrombilanz, ist bereits sehr aussagekräftig, weshalb die Meldung der schlagspezifischen Düngeplanung redundant ist.

Soziale Aspekte

Neue Inhalte für zukunftsorientierte Agrarische Bildung

Der Berufswettbewerb der deutschen Landjugend (BWB) ist europaweit einer der größten Wettbewerbe im Bereich Bildung und Ausbildung. Der BDL fordert, dass der BWB bedarfsgerecht gefördert und unterstützt wird und für die Siegerinnen und Sieger ein Empfang im Bundesministerium und im BT-Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft inkl. der Übernahme aller Kosten (Reisekosten, Übernachtung und Verpflegung) ausgerichtet wird.

Forderung

Die Ausrichtung der Forschungs- und Berufsschulstandorte ist überwiegend nicht zeitgemäß. Daher fordern wir den Bund auf, finanziell zu flankieren und sicherzustellen, dass dadurch auch die Ausbildung verbessert wird.

Begründung: Agrarische Berufsausbildung, Fortbildung und Studium sind eine fundierte Basis für Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen. Auch in einem föderal organisierten Bildungssystem müssen Leitplanken für die Bildung auf nationaler Ebene gesetzt werden. Dazu gehören die Lehrinhalte und deren Zeitpunkt in der Ausbildung. Weiterhin müssen durch den Föderalismus im Bildungsbereich entstehende Defizite abgeschafft werden. Digitalisierung und Öffentlichkeitsarbeit sind zunehmend wichtige Teile der Landwirtschaft, deren Grundlagen schon in den Schulen vermittelt werden müssen. Dazu gehören der Umgang mit Technik, Kommunikation und Medienkompetenz.

Mehr Beteiligung von Junglandwirt:innen an Entscheidungen

Forderung

Der BDL appelliert an politische Entscheidungsträger:innen und sämtliche Interessensgruppen der Gesellschaft, die Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen bei ihren Planungs- und Entscheidungsprozessen zu involvieren.

Begründung: Die Landwirtschaft steht vor vielfältigen Herausforderungen und soll neben der Ernährungssicherung auch ökologischen und gesellschaftlichen Zielen gerecht werden. Junglandwirt:innen begrüßen diese Ziele und wollen ihren Beitrag zum Erreichen dieser leisten. Sie sind es vor allem, die mit den jetzigen Entscheidungen zukünftig nachhaltig arbeiten und wirtschaften müssen, weshalb sie bei Entscheidungsprozessen einbezogen werden müssen.

Mental Health Leistungen

Forderung

Der BDL fordert, dass die Struktur psychosozialer Beratungsangebote für Landwirt:innen ausgebaut und durch staatliche Angebote ergänzt wird.

Begründung: Für Landwirt:innen ist es gängige Praxis, sich mit Beratungsstellen auszutauschen und von ihren Leistungen zu profitieren. Neben Beratungen zur fachlichen Praxis kommen auch

Junglandwirt:innen in Situationen, in denen sie Hilfe bei psychischer Überlastung wie Überforderung, Burnout und Depression in Anspruch nehmen müssen. Diese Themen sind noch immer ein Tabuthema innerhalb des landwirtschaftlichen Berufsstands und bedürfen einer Endtabuisierung. Deswegen benötigt es Unterstützung von der Politik, um weiterhin extern organisiertes, übergreifendes Zusammenspiel aus Beratung, Hilfe auf dem Hof (beispielsweise durch Betriebshelfer:innen) und finanzielle Unterstützung zu behalten und auszubreiten.

Regionalpolitik – Ländliche Entwicklung und Infrastruktur

Ländliche Regionen attraktiv ausgestalten – Daseinsvorsorge ausweiten und Infrastruktur sichern

Forderungen

Unser Ziel ist, dass **jede Region wirtschaftlich, sozial und kulturell attraktiv** ist. Daher fordern wir, dass jede Region ihre zentralen Versorgungsfunktionen in angemessener Art und auf hohem Niveau für die Bevölkerung im Umkreis bieten kann. Dafür müssen die regionalen und interkommunalen Kooperationen der Kommunen gestärkt und in Absprache mit den Ländern und dem Bund für dauerhafte, finanzstarke kommunale Haushalte gesorgt werden. Die Entwicklung hin zu bedarfsgerechten und effizienten Angeboten an öffentlichen und privaten Dienstleistungen muss gefördert werden. Um **ländliche Regionen kulturell attraktiv zu halten oder das Angebot auszubauen**, fordern wir daher die Förderung der oft kleinteiligen Strukturen und Netzwerke, um ein breites, regionales, kulturelles Angebot für alle Altersgruppen zu sichern. Kulturelle Orte sind dabei auch wichtige soziale Treffpunkte, die eine Anlaufstelle für die Menschen der Region bieten.

Wir fordern, **Arbeitsplätze auf dem Land** zu schaffen. Zukunftsgewandte, klimafreundliche Industrien gehören daher in die ländlichen Regionen. Der BDL fordert, dass deren Ansiedlung auf dem Land durch den Bund forciert wird. Nachhaltige Unternehmen sollen bei Investitionen in strukturschwachen ländlichen Regionen unterstützt, d.h. öffentlich gefördert werden. Zudem fordert der BDL, die Vergabe öffentlicher Aufträge an klimafreundliche und sozialverträgliche Kriterien zu knüpfen. Ziel muss es sein, mit öffentlichen Geldern nachhaltige Arbeit zu finanzieren. Die Ansiedlung von Behörden, vergleichbaren Einrichtungen und Hochschulen in ländlichen Regionen zeigt positive Entwicklungen und muss daher fortgesetzt werden.

Wir fordern, am Erhalt und der Renovierung der Ortskerne festzuhalten, um den Dörfern einen lebendigen Kern zu erhalten. Hausbau ist daher neuzudenken, vorhandene Strukturen z.B. auch Altbauten sollten nach Möglichkeit vorrangig erhalten und wieder-/umgenutzt werden, statt neue Flächen auszuweisen. Wir fordern die Umsetzung von Maßnahmen für **bezahlbaren Wohnraum, die Förderung von Altbausanierung und den Ausbau neuer Wohnkonzepte**.

Weiterhin fordern wir, Initiativen zu unterstützen die den Zuzug und Rückzug insbesondere von jungen Menschen und Familien in ländliche Regionen fördern, entsprechende Beratungsangebote zu sichern und auszubauen, Informationen und Netzwerke zu stärken.

Begründung: *Strukturschwache, ländliche Regionen haben besonders mit den vielfältigen Herausforderungen seit 2019 zu kämpfen. Unternehmen in diesen Regionen stehen aufgrund der notwendigen strukturellen und wirtschaftlichen Umgestaltung, um die Klimaziele zu erreichen, der demografischen Alterung und der digitalen Transformation weiterhin vor großen Herausforderungen. Die Anpassungspotenziale sind vor allem in den strukturschwachen ländlichen Regionen nur gering.*

Dadurch drohen diese Regionen weiter wirtschaftlich zurück zu fallen.¹⁶ Nachteilige Strukturen auf dem Land bedrohen die „demokratische Integration“. Daher dürfen strukturschwache ländliche Regionen bei diesem unausweichlichen Wandel nicht allein gelassen werden.¹⁷

Die regionalen Maßnahmen zur Gestaltung des demographischen Wandels, insbesondere in den ländlichen Räumen, benötigen bestimmte gesetzliche Rahmenbedingungen. Ganz gleich, ob es um das zivilgesellschaftliche Engagement, berufliche Hilfen, Wirtschaftsentwicklung und Unterstützung für Familien geht: institutionalisierte Regionalentwicklung ist für die Gestaltung der demografischen Prozesse in den ländlichen Räumen essentiell. Dafür braucht es bundesweite gesetzliche Rahmenbedingungen für Regionalentwicklung analog zur gesetzlich verankerten Jugendhilfeplanung nach §80 SGB VIII.

Ohne Dorfleben, keine Dorfgemeinschaft, ohne gemeinsame Treffpunkte, weniger Miteinander. Angesichts der stetigen Abnahme und Veränderung der Freizeitangebote in den ländlichen Räumen fordert der BDL eine verstärkte Unterstützung von Treffpunkten fürs Dorf. Vom Kino bis zum Wirtshaus, von der Kegelbahn bis zum Jugendtreff – (junge) Menschen brauchen diese Anlaufpunkte, um sich mit ihrem Dorf zu identifizieren und sich für ihre Heimat zu engagieren.

Auch für die klimagerechte Modernisierung und Instandsetzung von Immobilien und öffentlichen Einrichtungen müssen entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Dabei muss der weitere Flächenverbrauch vermieden werden. Insbesondere Wohnungen für junge Menschen, Auszubildende, Studierende und junge Familien müssen auch auf dem Land ausreichend vorhanden sein. Wegen steigender Mietpreise und knappen Wohnraums wird es auch auf dem Land für viele Menschen schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Maßnahmen wie die Mietpreisbremse und kreative Wohnkonzepte wie Mehrgenerationenhäuser können hier Abhilfe schaffen.

Gesundheitsversorgung und Pflege auf dem Land stärken

Forderungen

Wir fordern, die **Ansiedlung und den Verbleib von Hausärzt:innen und Pflegediensten** im ländlichen Raum zu fördern. Attraktive Anreize und gezielte Förderungen sind notwendig, um die ärztliche und pflegerische Versorgung zu sichern. Wir fordern den Erhalt von Krankenhäusern, **Facharzt-/Hausarztpraxen und Geburtshäusern** in ländlichen Regionen. Damit sichern wir die gesundheitliche Grundversorgung für alle Menschen, unabhängig von ihrem Wohnort.

Im Gesundheitssystem muss ein breites Angebot an regionalen Dienstleistungen durch die Verzahnung der ambulanten und stationären Leistungen sowie zusätzliche telemedizinische Angebote und auch interdisziplinäre Kooperationen sichergestellt sein. Dafür müssen u.a. zusätzliche Medizinstudienplätze, Landärzt:innen und innovative Versorgungskonzepte gefördert werden.

Begründung: Eine flächendeckende Versorgung mit Pflege und medizinischen Leistungen ist ein Grundrecht. Ländliche Regionen haben jedoch oft Schwierigkeiten, eine flächendeckende medizinische Versorgung sicherzustellen. Krankenhäuser, Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen auf dem Land müssen erhalten und unterstützt werden, um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung

¹⁶ siehe hierzu: Thünen Institut: Zahlen & Fakten 03/2024. Wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen <https://www.thuenen.de/de/fachinstitute/laendliche-raeume/innovation-und-wertschoepfung-in-laendlichen-raeumen/zahlen-und-fakten/zahlen-fakten-03/2024> (Zugriff online zuletzt am 16.12.2024)

¹⁷ siehe hierzu: siehe Monitoring der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt mit dem Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) unter <https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/pressemeldungen/bundesweite-umfrage-zufriedenheit-mit-dem-funktionieren-der-demokratie-ruecklaeufig-jedoch-nicht-bei-engagierten-und-ehrenamtlichen/> (Zugriff online zuletzt am 16.12.2024)

zu gewährleisten. Anreize für Ärzt:innen, Pflegekräfte und Geburtstationen auf dem Land sind daher essenziell, um die Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung sicherzustellen.

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse umsetzen

Forderungen

Der BDL fordert daher gezielte Änderungen im Grundgesetz, um die **Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sichern und zu fördern**:

- a) die Öffnung von Artikel 104c, um die Kooperation zwischen Bund und Ländern zu erleichtern,
- b) die Ergänzung von Artikel 91a um das Ziel der „Ländlichen Entwicklung“. Dieser Artikel regelt derzeit die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) und sollte um die Entwicklung ländlicher Räume erweitert werden.

Nur so kann eine nachhaltige Politik entstehen, die allen Menschen – unabhängig von ihrem Wohnort – gleichwertige Perspektiven bietet.

Der BDL fordert die Parteien auf, sich dafür einzusetzen, dass die **spezielle Förderung von finanzschwachen Kommunen** im Rahmen der GAK über 2025 fortgesetzt wird und zusätzlich mit Finanzmitteln ausgestattet wird. Darüber hinaus ist anzuregen, die Eigenmittelhürde von 10% weiter zu reduzieren und ggf. die Quantifizierung von Eigenleistungen zuzulassen.

Wir fordern außerdem, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als **gesonderte Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz** zu verankern, um die unterschiedlichen, dynamischen Entwicklungen unserer Region zu gestalten und darauf hinzuwirken, allen jungen Menschen in Deutschland gleiche Startchancen zu bieten. Dabei müssen insbesondere Vorhaben gefördert werden, die mit und für die Lebensperspektiven junger Menschen in ländlichen Regionen Wirkung erzielen. Ein Schwerpunkt muss auf der Förderung strukturschwacher ländlicher Regionen liegen. Der Erhalt und Ausbau einer modernen Infrastruktur muss sichergestellt werden, damit ländliche und urbane Regionen gut erschlossen und angebunden sind. Dafür müssen sowohl kurzfristige wie auch langfristige Maßnahmen aufgelegt werden, die über Legislaturperioden hinaus und miteinander verzahnt geplant werden.

Wir fordern:

- Mittel für die Entwicklung von Lebensperspektiven für junge Menschen in ländlichen Regionen bereit zu stellen und als Förderkategorie mit aufzunehmen
- Ländliche Entwicklung zu fördern, um die Attraktivität für junge Menschen und Zukunftsfähigkeit der Unternehmen auf dem Land zu sichern

Die vielen **Förderprogramme von Bund und Ländern müssen besser verzahnt** und deren Koordinierung über zentrale Schnittstellen/Ansprechpersonen in der jeweiligen Region gefördert werden. Hürden bei der Antragstellung müssen minimiert, aktive Beratung geleistet und für finanzschwache Kommunen personelle Unterstützung bei der Antragstellung zur Verfügung gestellt werden. Bei der Digitalisierung der Antragstellung müssen Vereinfachungen und Automatisierungen integriert werden.

In der Forschungsförderung muss darauf hingewirkt werden, dass die Spezifika ländlicher Regionen und der Lebensbedingungen junger Menschen auf dem Land gleichermaßen berücksichtigt und mit Daten unterlegt werden, wie die Situation in urbanen Räumen.

Begründung: *Unabhängig davon, ob Menschen in ländlichen oder städtischen Regionen, in strukturschwachen oder strukturstarken Gebieten leben – die Gleichwertigkeit der*

Lebensverhältnisse ist ein zentraler Pfeiler unserer demokratischen Gesellschaft. Sie bildet die Grundlage für gleiche Chancen, insbesondere für junge Menschen in ländlichen Räumen. Um dies zu gewährleisten, ist eine langfristige und wirksame Strukturpolitik erforderlich, die eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ermöglicht.

Um vertrauensvoll in die Zukunft zu blicken, brauchen wir eine Politik, die heute die Weichen für ein starkes Morgen stellt. Statt der ständigen Gegenwartspräferenz¹⁸ politischer Entscheidungen, müssen Haushaltsentscheidungen und -regelungen getroffen werden, die den Erhalt und Ausbau einer modernen Infrastruktur und eines leistungsfähigen Bildungssystems priorisiert und sichert, um künftigen Generationen gute Startchancen zu sichern.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland werden im Grundgesetz zwar formuliert, sind aber bisher nicht mit einem Umsetzungsauftrag verbunden. Es ist daher also Zeit, den zahnlösen Tiger zu unterfüttern und eine gerechte und gleichwertige Politik des Bundes für alle Regionen umzusetzen. Die Ergebnisse des Gleichwertigkeitsberichts sind dabei einzubeziehen.

Wirtschaft fördern und Unternehmertum junger Menschen stärken

Forderungen

Junge Menschen, die in ländlichen Regionen ein Unternehmen gründen oder fortsetzen wollen, sowie entsprechende Netzwerke und Mentor:innenprogramme sollten gesondert unterstützt werden. Es sollten zusätzliche steuerliche Vorteile berücksichtigt werden wie z.B. die Umsatzsteuer bei Unternehmensgründung erst später abzuführen, weil Kapital in der Anfangsphase für andere Dinge gebraucht wird. Zudem fordern wir:

- Den Abbau von bürokratischen Hürden sowohl bei Jugendverbänden als auch beim Einstieg und der Übernahme von Unternehmen bei kleinen und mittelständischen Unternehmen.
- Die Unterstützung von Unternehmensgründungen, die im Zusammenhang mit ehrenamtlichem Engagement stehen und/oder durch ehrenamtlich Engagierte aus Jugendverbänden erfolgen.
- Ein Bonussystem für ehrenamtlich Engagierte aus der verbandlichen Jugendarbeit bei der Vergabe von öffentlichen Fördermitteln des Bundes und der EU für Unternehmensgründungen.
- Die Förderung von kreativem und unternehmerischem Denken und Handeln in Jugendverbänden durch die Bewilligung struktureller Fördermittel.
- Die bildungspolitische Anerkennung von Jugendverbänden als kreatives und innovatives Potential für unternehmerischen Nachwuchs.

Begründung: Die Mehrzahl der Unternehmen in Deutschland stammt noch immer aus kleineren und mittleren Betrieben. Daher ist mehr Selbstbestimmung und unternehmerisches, selbständiges und verantwortungsvolles Denken und Handeln zu fördern. Jungunternehmer:innen zeichnen sich durch klare Wertorientierung, Engagement, selbständiges und verantwortungsbewusstes Handeln, Teamverständnis, Personalführung, Handlungs- und Entscheidungsorientierung, Verantwortungsübernahme, Netzwerkgestaltung, das Abschätzen von Risiken, Chancen und Marktmechanismen aus. Ähnliche Werte und Normen bilden Jugendverbände bei jungen Menschen aus.

¹⁸ entsprechend der Argumentation im Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unter <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2024.html> (Zugriff online zuletzt am 14.1.24)

Mobilitätsgarantie für junge Menschen auf dem Land

Forderungen

- **Jugendgerechte und digitale Mobilitätskonzepte**, die verschiedene Verkehrsträger (öffentliche & private) vernetzen und ländliche Regionen besser an Ballungszentren anbinden.
- **Ein Bildungsticket**, das rund um die Uhr für ein Jahr gültig ist und für *Schüler:innen*, *Auszubildende*, *Freiwilligendienstleistende* sowie *Juleica-Inhaber:innen* zugänglich ist (z. B. ein 29-Euro-Ticket).
- **Bundesweite Gültigkeit** dieses Tickets durch die überregionale Vernetzung von Verkehrsverbünden oder eine gesetzliche Regelung.
- **Ausbau der Anbindung ländlicher Räume an Ballungszentren** sowie die Erhöhung der Taktfrequenz.
- **Verbesserung und Ausbau von Fahrradwegen** sowie Erhöhung der Sicherheit, z. B. durch Beleuchtung und ausreichenden Abstand zum Straßenverkehr.
- **Abschaffung von Gebühren** für die Mitnahme von Fahrrädern in Bussen und Bahnen.
- **Barrierefreiheit** an Haltestellen und in Verkehrsmitteln.
- **WLAN** an Haltestellen sowie in Bussen und Bahnen.
- **Ergänzung des ÖPNV durch Sharing-Angebote** wie Leihfahrräder, Carsharing oder E-Scooter.
- **Prüfung auf Wiedereröffnung stillgelegter Strecken.**
- **Nachtbusse**, die mindestens am Wochenende auch in ländlichen Regionen verfügbar sind.
- **Private und ehrenamtliche betriebene Fahrdienste** müssen gefördert und unterstützt werden (bspw. Abruf- und Bürgerbusse)

Der BDL fordert, dass beim Ausbau des Streckennetzes Wirtschaftlichkeit nicht an erster Stelle steht, sondern die Attraktivität und Anbindung ländlicher Regionen handlungsleitend sind.

Begründung: *Junge Menschen sind auf einen leistungsfähigen und verlässlichen öffentlichen Nahverkehr angewiesen, der eine hohe Taktfrequenz, flexible Verbindungen auch in den Randzeiten und einfach nutzbare Ticketsysteme bietet. Dies ist essenziell, um Wege zu Schulen, Berufsschulen, Ausbildungsstätten oder Freizeitangeboten zurückzulegen. Ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr verbessert die Lebensqualität und fördert die regionale Mobilität. Bürgerbusse, Anruf-Sammel-Taxis und innovative Mobilitätskonzepte können den ÖPNV in ländlichen Regionen attraktiver machen und zur Stärkung gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen.*

Um die Taktung des ÖPNV, die Erreichbarkeit und die Reaktivierung von stillgelegten Strecken voranzutreiben, müssen entsprechende Fördervorhaben umgesetzt werden und langfristige Maßnahmen auf den Weg gebracht werden. Ziel muss sein, dass insbesondere ländliche Regionen angeschlossen und vernetzt sind. Daher darf beim Ausbau des Streckennetzes die Wirtschaftlichkeit nicht an erster Stelle stehen. Gleichzeitig müssen die Verkehrssysteme sowohl Personen- als auch Gütertransport ermöglichen. Daher muss die Verzahnung von verschiedenen Mobilitätsangeboten sichergestellt werden. Alle Mobilitätsverbindungen sollten digital miteinander vernetzt abrufbar und buchbar sein. Das Deutschlandticket sollte beibehalten und finanziell langfristig abgesichert werden. Für Auszubildende, Studierende und Inhaber:innen der Juleica sollte ein Bildungsticket eingeführt werden.

Besondere Beachtung bei Fördervorhaben und strukturellen Planungen muss der alltagstaugliche Ausbau der Fahrradinfrastruktur und der Barrierefreiheit finden.